
Vorsitz: Deutschland**961. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 18. November 2020 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 11.15 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin G. Bräutigam

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte die Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung dieser FSK-Sitzung während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/109/20.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/307/20) (FSC.DEL/307/20/Add.1), Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/310/20), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/309/20 OSCE+), Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation (Anhang 1), Litauen

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

(a) *Finanzierungsbeitrag zum Projekt „Addressing security and safety risks of illegal possession, misuse and trafficking of SALW and their ammunition in Bosnia and Herzegovina“:* Deutschland (Anhang 2), Tschechische Republik, Bosnien und Herzegowina, FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA (Österreich)

(b) *Finanzierungsbeitrag zum Projekt „OSZE-Stipendium für Frieden und Sicherheit“:* Frankreich

- (a) *Informelles Treffen zur Durchführung von Hilfsprojekten betreffend SALW und SCA im OSZE-Raum am 12. November 2020 und Treffen zu den Leitlinien für Hilfsprojekte am 17. November 2020: FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA (Österreich)*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 25. November 2020, um 10.00 Uhr über Videokonferenz

961. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 967, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

unser Standpunkt bezüglich des innerukrainischen Konflikts ist unverändert – es muss eine vollständige Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets vom 12. Februar 2015 durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk erfolgen. Die Russische Föderation ist in ihrer Eigenschaft als Vermittler neben der OSZE, Frankreich und Deutschland bereit, dies auf jede erdenkliche Art und Weise zu erleichtern.

Letzte Woche stellte die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) mit Hilfe des albanischen OSZE-Vorsitzes einen thematischen Bericht über zivile Opfer in den vom Konflikt betroffenen Regionen der Ostukraine vor. Ich möchte Sie daran erinnern, dass in dem Bericht zum selben Thema, der 2017 verteilt wurde, darauf hingewiesen wurde, dass die Mehrheit der Opfer auf die nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete entfallen war. Die Lage hat sich seither nicht geändert. Die Zahl der zivilen Opfer (657), die in den vergangenen drei Jahren in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Lugansk verzeichnet wurden, ist fast 2,5-mal so hoch wie die in den von der Regierung kontrollierten Gebieten. Es ist anzumerken, dass auf die Gebiete, die nicht von der Regierung kontrolliert werden, 75 Prozent der Opfer entfallen, die auf den Beschuss mit Kleinwaffen und schweren Waffen – das heißt, mit Granatwerfern, Haubitzen, Mehrfachraketenwerfern und aus Panzern – zurückzuführen sind. Insgesamt überschritten die Verstöße gegen die Waffenruhe im Berichtszeitraum die Marke von einer Million.

Nun möchten wir unseren werten Kolleginnen und Kollegen in Erinnerung rufen, dass die ukrainische Delegation im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) mehrfach versichert hat, die ukrainischen Streitkräfte würden „lediglich das Feuer erwidern“. Dies wirft die berechnete Frage auf, wessen Feuer sie erwiderten. Gegen wen kämpfen denn die wackeren ukrainischen Streitkräfte und Sicherheitskräfte? Dass der intensive Beschuss von Wohngebieten im Donbass durch die ukrainischen Streitkräfte nicht vollständig durch ihren Auftrag, feindlichen Beschuss zu verhindern, gerechtfertigt werden kann, ist nicht nur Militärexperten bewusst. Die Daten des Berichts sprechen eine deutliche Sprache: Sie zeugen davon, dass die ukrainischen Streitkräfte, die Nationalgarde und die sogenannten Freiwilligenverbände gezielt Zivilisten angreifen, die die ukrainische Regierung für ihre Ablehnung der

Ergebnisse des verfassungswidrigen Staatsstreichs von 2014 zu bestrafen versucht. Weitere Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit haben nicht lange auf sich warten lassen: Laut Medien aus Donezk feuerte das ukrainische Militär Panzerabwehrlenkflugkörper in Richtung des Dorfes Wesele und des Terminals des Donezker Flughafens. Wir erwarten, dass die Beobachter diese Fakten in ihre wöchentlichen Berichte aufnehmen.

Im Übrigen hat die russische Delegation im FSK mehrfach halbjährliche Statistiken über die Opfer und Zerstörungen im Donbass präsentiert, die auf einer sorgfältigen Analyse der SMM-Berichte basierten. Es ist empörend, dass die westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten es vorziehen, diese Berichte zu ignorieren und der ukrainischen Regierung nach wie vor für ihre „konstruktive“ Herangehensweise an die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen des Prozesses für eine friedliche Beilegung und auch für ihre vorgebliche „militärische Zurückhaltung“ zu danken. Es ist höchste Zeit, dass unsere Partner nicht länger die Augen vor dem Leid der Zivilbevölkerung im Donbass verschließen und dass die internationalen Vermittler Frankreich und Deutschland Schritte zu einer unparteiischen Unterstützung der Bemühungen um eine Lösung unternehmen und von der ukrainischen Seite ohne Wenn und Aber eine verantwortungsvolle Herangehensweise auf dem Weg zum Frieden im Südosten des Landes einfordern.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass man sich in Russland ob der ausbleibenden Kritik Europas daran, wie unverhohlen die Ukraine ihre Verpflichtungen verletzt, wundert. Der sogenannte „Plan für gemeinsame Schritte zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“, der von der ukrainischen Seite vorgeschlagen wurde und Geist und Buchstaben des Minsker Maßnahmenpakets völlig zuwiderläuft, ist dafür ein augenfälliges Beispiel. Das Unvermögen der französischen und der deutschen Regierung, diese Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, kann nur als Billigung des Kurses der ukrainischen Regierung verstanden werden, der auf die Untergrabung der Grundlagen des Konfliktbeilegungsprozesses abzielt, die von der Resolution 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gebilligt wurden. Wenn die Menschen in Europa wirklich Frieden im Donbass wollen, ist es unerlässlich, dass nicht mehr mit zweierlei Maß gemessen wird. Doch wenn der Westen kein Interesse an einer Konfliktbeilegung hat, sollte er seinen Standpunkt klar zum Ausdruck bringen.

Als einer der Vermittler im Friedensprozess betont Russland, dass eine weitere Fortsetzung der Gewalt in der Ostukraine nicht hinnehmbar ist. Die ukrainische Regierung muss die Strafaktion gegen die Zivilbevölkerung im Donbass unverzüglich einstellen, ihre Waffen zurückziehen und an die ausgewiesenen Lagerstätten bringen, alle illegalen Gruppen entwaffnen und ausländische Militärausrüstung und Söldner aus der Ukraine abziehen. Es ist unbedingt notwendig, die unmenschliche sozioökonomische Blockade des Donbass aufzuheben und der Region selbst dringend einen Sonderstatus einzuräumen. Alle Verpflichtungen der Ukraine aus den Minsker Vereinbarungen müssen erfüllt werden. Politische und sicherheitspolitische Maßnahmen sind eng miteinander verknüpft und sollten gleichzeitig umgesetzt werden. Ohne eine Lösung der politischen Fragen ist eine umfassende Beilegung der Krise in der Ukraine unmöglich. Wir betonen die direkte Verantwortung der ukrainischen Regierung für die praktische Umsetzung aller Aspekte des Minsker Maßnahmenpakets und der auf dem Gipfeltreffen im „Normandie-Format“ in Paris erteilten Vorgaben.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die anhaltende Krise in der Ukraine ist das Ergebnis des Staatsstreichs vom Februar 2014, der vom Ausland aus orchestriert, finanziert und organisiert wurde und zur bewaffneten Konfrontation im Donbass und zum Leid von Millionen ukrainischer Zivilisten geführt hat. Seit mittlerweile mehr als sechs Jahren bemühen sich die westlichen Partner der ukrainischen Regierung nicht wirklich darum, eine tatsächliche Einstellung der Feindseligkeiten und eine politische Lösung der Krise zu fördern, sondern schulen stattdessen die ukrainischen Streitkräfte in der „Kunst des Krieges“. Spezialisten aus den Vereinigten Staaten haben bereits 13 Bataillone und drei Brigaden ausgebildet. Mehr als 17 000 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte wurden von britischen Ausbildern geschult (im Rahmen der „Operation Orbital“). Eine litauische Ausbildungsmission hilft bei der Ausbildung von Personal der Spezialeinheiten und Truppenteile der mechanisierten und der luftbeweglichen Infanterie sowie auch von Scharfschützen. Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Es ist auch wohlbekannt, dass das ukrainische Militär aktiv ausländisches militärisches Gerät und ausländische Munition in der Zone einsetzt, in der die Operation der Vereinigten Kräfte durchgeführt wird. Die Sonderbeobachtermission berichtet regelmäßig über die Präsenz von in den USA hergestellten Radargeräten zur Artillerieaufklärung vom Typ AN/TPQ-36 und gepanzerten Saxon-Mannschaftstransportwagen aus britischer Produktion in der Nähe der Kontaktlinie.

Wir möchten daran erinnern, dass Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärische Hilfe leisten, damit die „Kriegspartei“ in Kiew unterstützen und gemeinsam mit dem ukrainischen Militär die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung und für die Zerstörung im Donbass tragen. Diese Aktionen verstoßen gegen Wort und Geist des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen, sie laufen den KSZE-Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen zuwider, und sie geben auch der „Kriegspartei“ in Kiew mit ihren kriegerischen Ambitionen in Bezug auf den Donbass Auftrieb.

Wir rufen unsere internationalen Partner und die externen „Einflüsterer“ der Ukraine auf, endlich aufzuhören, die wahren Gründe für die innerukrainische Krise falsch darzustellen und im Hinblick auf eine rasche Beendigung des bewaffneten Konflikts im Donbass größtmöglichen Einfluss auf die ukrainische Führung zu nehmen, um sie dazu zu drängen, die Tatsache anzuerkennen, dass es keine Alternative zum Minsker Maßnahmenpaket gibt, wie dies auf dem Gipfeltreffen im Normandie-Format in Paris im Dezember 2019 erklärt wurde.

Als Antwort auf die Behauptung der ukrainischen Delegation betreffend ein Föderationssubjekt der Russischen Föderation möchten wir Folgendes betonen: Erstens steht der Status der Krim nicht zur Diskussion. Wir haben dazu bereits mehrfach ausführlich Stellung genommen. Die werten Kolleginnen und Kollegen finden unsere entsprechenden Erklärungen in den FSK-Journalen. Zweitens ist Russland berechtigt, auf seinem nationalen Hoheitsgebiet jedwede Maßnahmen zur Sicherstellung seiner Verteidigungsfähigkeit zu treffen. Dasselbe Recht können alle OSZE-Teilnehmerstaaten innerhalb ihrer Staatsgrenzen in Anspruch nehmen.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/967
18 November 2020
Annex 2

Original: GERMAN

961. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 967, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Frau Vorsitzende,
Exzellenzen,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Ihnen heute mitteilen zu dürfen, dass Deutschland sich entschlossen hat, das Projekt mit der Nummer 2200469 und dem Titel „Addressing security and safety risks of illegal possession, misuse and trafficking of SALW and their ammunition in Bosnia and Herzegovina“ zu unterstützen. Dieses Projekt besteht aus insgesamt vier Teilprojekten und wird dabei alle Aspekte der SALW-Kontrolle umfassend behandeln.

Deutschland erkennt den hohen Stellenwert des Projektes und stellt den Projektstart mit 340 000 Euro sicher.

Wir sind überzeugt, dass wir mit der Förderung dieses Projektes signifikant zur Sicherung des Umfeldes der OSZE beitragen.

Wir würden uns freuen, wenn auch weitere Teilnehmerstaaten finanzielle Förderungen des Projektes in Erwägung ziehen könnten.

Frau Vorsitzende, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.